

The OSCE Secretariat bears no responsibility for the content of this document and circulates it without altering its content. The distribution by OSCE Conference Services of this document is without prejudice to OSCE decisions, as set out in documents agreed by OSCE participating States.

PC.DEL/1387/21
8 September 2021

Original: GERMAN



Permanent Mission
of the Federal Republic of Germany to the OSCE
Vienna

Redebeitrag Deutschlands, vorgetragen von Botschafterin Gesa Bräutigam,
Ständige Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE,
während der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC)
Wien, 1. September 2021

Working session III: “Conventional arms control and CSBMs – challenges and opportunities”

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Delegierte,

Deutschland begrüßt es ausdrücklich, dass die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz gestern beginnen konnte, und ich möchte allen danken, die dies ermöglicht haben.

Die OSZE verfügt über wertvolle Institutionen und Mechanismen. Diese müssen wir bewahren und dürfen nicht zulassen, dass die ASRC und andere Formate von einigen wenigen Teilnehmerstaaten für ihre Einzelinteressen torpediert werden. Wir sind dem Konsensprinzip verpflichtet und wir stellen es nicht in Frage. Wiederkehrende Beschlüsse wie zum Haushalt und zur Durchführung der ASRC müssen aber ordnungsgemäß und im vorgesehenen Zeitrahmen gefasst werden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Delegierte,

Leider haben sich seit der letzten ASRC im Jahr 2020 die negativen Trends in Bezug auf die europäische Sicherheitsarchitektur, einschließlich konventioneller Rüstungskontrolle und VSBM, fortgesetzt.

Erstens stellt die Ankündigung Russlands, nun ebenfalls vom Vertrag über den Offenen Himmel zurückzutreten, die weitere Zukunft des gesamten Abkommens in Frage.

Wir hatten gehofft, dass Russland nach einem vielversprechenden Start im letzten Frühjahr bereit sein würde, die im Zusammenhang mit der Implementierung noch offenen Fragen konstruktiv anzugehen, vor allem die unzulässige Flugbeschränkung über Kaliningrad. Leider wurde die Gelegenheit, eine positivere allgemeine Dynamik zu schaffen, nicht genutzt.

Wir bedauern, dass ein so nützliches und im Großen und Ganzen gut funktionierendes Abkommen mit starken Elementen der Vertrauens- und Sicherheitsbildung beschädigt und gefährdet wurde. Es ist nun notwendig die Zukunft dieses wichtigen Vertrags besonnen zu erörtern und zu bewerten.

Zweitens haben die Auswirkungen der Pandemie ihren Tribut bei der Umsetzung von Rüstungskontroll- und VSBM-Regimen gefordert. Viele Teilnehmerstaaten haben ihre Verifikationsaktivitäten im vergangenen Jahr zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ausgesetzt. Auch persönliche Treffen waren die Ausnahme, was die Fortführung eines konstruktiven Dialogs zu einer Herausforderung machte.

Die COVID-19-Situation in Europa ist in vielen Ländern nach wie vor instabil. Impfungen und Tests bieten aber inzwischen einer beträchtlichen Anzahl von Menschen einen besseren Schutz.

Es ist daher ermutigend zu sehen, dass immer mehr Teilnehmerstaaten vor diesem Hintergrund in letzter Zeit ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Verifikationsaktivitäten bekundet haben. Dies ist ein wichtiges Signal dafür, dass die Verpflichtungen und Zusagen zur konventionellen Rüstungskontrolle auch in schwierigen Zeiten eingehalten werden.

Wir rufen alle Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf, diesem Beispiel in naher Zukunft zu folgen. Wenn Streitkräfte militärische Übungen durchführen können, muss es auch möglich sein, diese im Einklang mit unseren Verpflichtungen und Zusagen zu beobachten.

Drittens und ganz allgemein: Wir mögen in vielen Dingen unterschiedlicher Meinung sein. Unbestritten ist aber die Tatsache, dass sich das Sicherheitsumfeld im OSZE-Raum verschlechtert, Misstrauen zunimmt und Vorhersehbarkeit abnimmt.

Vor diesem Hintergrund sind die Inspektionen und Evaluierungen nach dem Wiener Dokument sowie die Beobachtung bestimmter militärischer Aktivitäten umso wichtiger geworden. Deutschland würde es daher begrüßen, wenn wir von Russland eingeladen würden, die Übung Zapad 2021 zu beobachten, die in Kürze im westlichen Teil Russlands stattfinden wird.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die von Russland notifizierte Zahl der an Zapad 2021 beteiligten Streitkräfte erneut unter der Schwelle liegt, ab der eine Beobachtung nach dem Wiener Dokument vorgeschrieben ist.

Es ist zugleich klar, dass eine unbestreitbar große Militärübung wie Zapad erhebliche Sicherheitsbedenken in der Region hervorruft. Dies zeigt deutlich, dass das Wiener Dokument dringend angepasst werden muss. Wir haben im Frühjahr zudem gesehen, dass Kapitel III des Wiener Dokuments nicht zweckmäßig ist und ein effektives Krisenmanagement nicht ausreichend ermöglicht.

Das Wiener Dokument wurde vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen aus dem Kalten Krieg erstellt. Heute sind wir mit einer größeren Vielfalt von Sicherheits Herausforderungen konfrontiert. Diese schließen u.a. hybride Aktivitäten ein und militärische Aktivitäten, die durch unzureichende Transparenz gekennzeichnet sind, sowie wahrgenommene Bedrohungen, die durch mangelnde Vorhersehbarkeit oder unklare Absichten entstehen. All diese Herausforderungen können zu rasch eskalierenden Krisensituationen führen.

Ein erstes umfassendes Paket zur Aktualisierung des Wiener Dokuments, das bisher von 34 Teilnehmerstaaten mitgetragen wird, liegt auf dem Tisch. Wir appellieren an Russland und alle Teilnehmerstaaten, auf dieser Grundlage sinnvolle Verhandlungen zu führen.

Wir sollten uns alle an die Lehren erinnern, die wir aus unserem langen Weg zur kooperativen Sicherheit in Europa gezogen haben. Wir sollten die kooperative Sicherheit so aufstellen, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.

Deutschland ist bereit, dies zu tun.

Vielen Dank.